

Berlin, Oktober 2011

Positionspapier des Bundes der Deutschen Landjugend zum Einsatz der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft

Der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) setzt sich mit dem Einsatz der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft kritisch auseinander. Dabei wird die Analyse der Chancen als auch möglicher unerwünschter Auswirkungen des Gentechnikeinsatzes als Grundlage für die Meinungsbildung des BDL genutzt.

Der BDL ist sich darüber im Klaren, dass sich Deutschland dieser neuen Technologie stellen muss und keine Insel im Sinne einer gentechnikfreien Zone schaffen kann. Um die Auswirkungen der Gentechnik noch genauer abschätzen zu können, bedarf es einer noch intensiveren Forschungsarbeit in Deutschland.

Im Zuge der anstehenden Novellierung des Gentechnikrechts hat der BDL nachfolgende Forderungen aufgestellt:

→ **LandwirtInnen und VerbraucherInnen haben das Recht zu wissen, was in den Produkten, die sie kaufen, weiterverwenden und verzehren, enthalten ist. Der BDL unterstreicht die Bedeutung einer transparenten Wertschöpfungskette und Lebensmittelerzeugung. Der BDL fordert:**

- eine europaweit gültige Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Produkte (GVO) über die gesamte Futter- und Nahrungsmittelkette, einschließlich des Prozesses der Produktherstellung und -verarbeitung sowie eine eindeutige Kennzeichnungspflicht für GMO-Saat- und Pflanzgut.
- eine Kennzeichnung für GMO-Importe nach europäischen Richtlinien.
- eine fachlich fundierte, objektive Aufklärung der VerbraucherInnen über die Gentechnik.

→ **Bei Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft müssen Risiken bezüglich der Umwelt und der Wirtschaftlichkeit auf ein kalkulierbares Mindestmaß beschränkt werden. Kritisch sieht der BDL die für LandwirtInnen unkalkulierbare „verschuldensunabhängige Haftungsregelung“. Zudem darf es keine Monopole auf genetische Ressourcen geben. Der BDL fordert:**

- eine Koexistenz in der Landwirtschaft, die eine gentechnikfreie Produktion unter Berücksichtigung konventioneller als auch ökologischer Anbauformen gewährleistet.

- einen Schwellenwert bei Saatgut und Futtermitteln für ungewollte, tolerierbare Verunreinigungen, der europaweit einheitlich geregelt sein muss und bei 0,1 % liegt.
- eine europaweit praxistaugliche Regelung für Mindestabstände zwischen GVO-Flächen und nicht GVO-Flächen. Diese Abstände müssen kulturartenspezifisch definiert sein und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen.
- einen Haftungsfonds, der von den Saat- und Pflanzgutherstellern und -vertreibern als auch von LandwirtInnen, die GVO einsetzen, gespeist wird. Dieser soll für LandwirtInnen, die keine Gentechnik einsetzen als auch für GVO-anbauende LandwirtInnen, die auf Basis der guten fachlichen Praxis wirtschaften, im Falle von GVO-Verunreinigungen haften.
- keine Patentierung auf Pflanzen und Tiere.

→ **Eine umfassende Forschung zur Bewertung der Chancen als auch der Auswirkungen des Gentechnikeinsatzes ist notwendig. Der BDL fordert:**

- geeignete politische Rahmenbedingungen sowie eine Unterstützung und Honorierung der Forschungsarbeit in Deutschland durch neutrale Institute. Der Forschungsstandort Deutschland im Bereich der Gentechnik muss gefördert werden.
- eine genaue Analyse und umfassende Risikoabschätzung von Genveränderungen und Sorten im Zuge des Zulassungsverfahrens.
- ein begleitendes Monitoring nach der Genehmigung und Freisetzung von GVO, das auch langfristige Auswirkungen des Einsatzes der Gentechnik in der Landwirtschaft (z.B. auf Ökosysteme) dokumentiert und bewertet.

Fazit:

Der Schutz von Mensch, Umwelt und Natur sowie die Sicherung der Koexistenz und der Wahlfreiheit der VerbraucherInnen und LandwirtInnen müssen beim Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft gewahrt werden. Eine gute Kooperation zwischen Landwirtschaft, Handel, Industrie und Verbraucherverbänden im Sinne einer umfassenden, sachlichen Zusammenarbeit sowie eine objektive Aufklärung der VerbraucherInnen als auch eine geeignete Kennzeichnungsregelung über die gesamte Futter- und Nahrungsmittelkette sind notwendig. Zudem bedarf es der Änderung politischer Rahmenbedingungen, wobei Wettbewerbsverzerrungen auf internationaler Ebene zu vermeiden sind. Der Forschungsstandort Deutschland muss im Bereich der Gentechnik gefördert werden.